

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau b. Emil Käbath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 177.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Montag, 11. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Bezirke 20 Pf. die sohngewollte Zeitung oder deren Raum, Reklamen die Zeitung 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Ausgabe bis 11 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. März.

Auf der Stargard-Posener Eisenbahn hat sich gestern der Vormittag eintreffende gemischte Zug um 15 Minuten verspätet, weil er in Kreuz auf den Zug der Ostbahn hat warten müssen.

Personalveränderungen in der Armee. Major z. D. zuletzt Esfadr. Chef im 1. Leib-Hus. Regt. Nr. 1, in der Armee und zwar als überzahl. Major mit einem Patent vom 29. Septbr. 1876 als agr. bei dem 2. Brandenburg. Drag. Regt. Nr. 12 wiederangestellt. Frbr. v. Tettau, Oberst a. D., zuletzt Brigadier der 10. Gend. Brig., mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Unif. des Ostpreuß. Kür.-Regts. Nr. 3 Graf Wrangel. Weram. i. 1876, Major a. D., zuletzt Abtheil. Kommdr. im Thüring. Feld-Art. Regt. Nr. 19, mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Unif. des Thüring. Feld-Art. Regts. Nr. 19, — zur Disposition gestellt.

Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 3. bis 9. März d. J. sind zu den Standes-Registern angemeldet worden:

1) 51 Geburten (6 mehr als in vorhergehender Woche), und zwar 26 männlich und 25 weibliche, darunter 13 uneheliche und 1 Zwilling geburt.

2) 41 Sterbefälle (also 12 mehr als in voriger Woche). Die Zahl der Geburten übertragt daher die der Sterbefälle um 10. Von den Gestorbenen waren 28 männlich, 13 weiblich und befanden sich darunter 6 Kinder unter 1 Jahre und 2 Todtgeburten.

3) 12 Eheschließungen. Von diesen waren: 2 rein evangelisch, d. h. beide evangelisch, 10 rein katholisch, 14 der Geborenen stammten aus evangelischen, 30 aus katholischen, 4 aus mosaischen, 3 aus gemischt. Ehen. Von den 41 Gestorbenen waren 11 evangelisch, 25 katholisch, 5 mosaisch.

Der Wasserstand der Warthe ist in andauerndem langsamem Fallen, so daß die Eichwaldstraße schon wasserfrei zu werden beginnt. Gestern Mittag stand das Wasser 9 Fuß 9 Zoll.

Gefangenentransporte. Nach Koschmin wurden gestern 10 und nach Kosten 11 Gefangene von hier abgeführt.

Verhaftet wurde gestern ein Bettler, welcher sich den Anordnungen eines Schuhmannes widerstellt und denselben beschimpft hatte. Verhaftet wurden zwei Arbeiter, welche bei einem Restaurateur auf der Büttelstraße und in einem Hause auf der Gr. Gerberstraße vorstelliglich mehrere Fensterscheiben zertrümmert haben.

Diebstähle. Einem Bierdepot-Inhaber auf der Breitenstraße wurde am 8. d. M. von seinem vor dem Depot haltenden Gefpann eine noch ziemlich neue lederne Zugleine gestohlen. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden einem Bierverleger auf der Wasserstraße mittels Einbruchs in sein Geschäftslatal aus dem Bulte 79 M. gestohlen. — Einem Haushälter auf der Schloßstraße wurden gestern Mittag aus dem Keller mittels Einbruchs in sein Zimmer aus verschlossenem Kasten Geld und Kleidungsstücke gestohlen. — Aus verschlossener Waschküche eines Hauses auf der Langenstraße wurde vor einiger Zeit ein Waschkorb im Werthe von 3 M. gestohlen, derselbe ist später in der Dachkammer einer in demselben Hause wohnenden Frau gefunden worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

Posen, 11. März. [Posen = Kreuzburger Eisenbahn-Gesellschaft] Die Einnahme pro Monat Februar 1878 provisorisch 1878. definitiv 1878.

a. Personen-Berkehr	23,656 M.	23,868 M.
b. Güter-Berkehr	81,028	58,947
c. Extraordinarien	800	919
Summa	112,684 M.	92,014 M.

Pro Februar 1878 mehr 20,677 M., seit Anfang 1878 mehr 44,497 M.

**** Wien, 9. März.** Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 26. Februar bis 4. März 1,229,394 Fl., gegen 1,265,702 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mindererinnahme 36,306 Fl.

Die Einnahme des italienischen Netzes in der Woche vom 26. Februar bis zum 4. März betrug 640,233 Fl., die Mindererinnahme desselben 24,642 Fl., die Gesamtmehrerinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar c. 27,106 Fl., die Gesamtmindererinnahme des österreichischen Netzes vom 1. Januar c. 25,319 Fl.

**** Verkehr nach Russland.** Laut einer Mitteilung der königl. Direktion der Ostbahn ist der Verkehr nach Charlottenburg voll aufgenommen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. März. Nach der Darlegung des Exposés des Grafen Andrássy beschloß der Budgetausschuss der österreichischen Delegation, die nächste Sitzung zu dem Zwecke anzuberaumen, um an den Minister des Neuen eine Interpellation beabsichtigt Information und Auflösung zu richten. Der Abg. Schaub verzichtete auf die weitere Erörterung der Frage, ob Stenographen zugezogen werden sollen, nachdem Graf Andrássy bemerkte, daß er in diesem Falle in seinen Auseinandersetzungen eine größere Zurückhaltung beobachten müßte. Der Antrag, daß in der nächsten Sitzung des Ausschusses auch diejenigen Mitglieder der Delegation hinzugezogen werden sollen, welche nicht dem Budgetausschuss angehören, wurde abgelehnt. Sodann wurden Referate verteilt. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Montag Vormittag statt.

Wien, 9. März. Der "Polit. Korresp." wird aus Bularest gemeldet, über die Ansprüche Rumäniens verlaute u. A., daß Rumäniens die Dobruja, die Inseln an den Mündungen der Donau und Widdin sowie 250 Millionen Frs. Kriegskosten-Entschädigung verlangt. Allen anderen Versionen gegenüber werde von Seiten der Regierung versichert, daß sie entschlossen sei, das rumänische Gebiet, wie dasselbe durch den pariser Vertrag abgegrenzt worden sei, weder zu vergrößern, noch verringern zu lassen. — Die Schiffahrt auf der Donau

von Orsova bis Turnu-Magurelli ist in vollem Gange. Die Türken haben das kleine Fort Adakaleh geräumt und sich über Serbien zurückgezogen. — Oberst Holzschuh hat sich im Auftrage des Fürsten Karl nach Rom begeben, um dem Könige Humbert das Großkreuz des Rumänischen Sterns zu überbringen. — Aus Belgrad wird der genannten Korrespondenz berichtet, daß der serbische Gebietszuwachs 120 Quadratmeilen mit ca. 250,000 Seelen umfassen werde. Adakaleh sollte geschleift werden. Die Drina-grenze werde durch eine Spezialkommission reguliert werden. Die serbischen Truppen seien beordert, Pirot, Branya und Gilan zu räumen und Novibazar zu besetzen. — Der in Kenjazevatz interniert gewesene bulgarische Bischof Eustachius von Pirot ist freigelassen worden und nach Pirot zurückgekehrt. General Lefschjanin wird am Mittwoch mit dem Friedensinstrument hier erwartet.

Wien, 9. März. Das politische Exposé des Grafen Andrássy verweist zunächst auf die eingebaute Vorlage betreffs des außerordentlichen Kreises. Weiter heißt es alsdann in demselben:

Die Beurtheilung der politischen Situation sei heute durch zwei Ereignisse beherrscht, durch die Friedenspräliminarien und durch die Aussicht auf den Kongreß, der berufen sei, die Resultate des Krieges endgültig zu regeln. Der Minister will nicht in eine detaillierte Analyse der noch nicht authentisch bekannten Friedenspräliminarien eingehen. Dies wäre auch vor dem Zusammentritt des Kongresses unzeitgemäß und nicht thunlich, schon um den Zusammentritt des Kongresses nicht zu erschweren. Es sei ganz natürlich, daß bei Abmachungen, die während eines Feldzuges getroffen wären, die politischen Interessen von den militärischen in den Hintergrund gedrängt würden, wobei die europäischen Interessen und die Interessen einzelner Staaten unmöglich gehoben werden könnten, zumal wenn die Abmachungen nicht als definitive gelten. Der Minister weist darauf hin, wie die öffentliche Meinung sich von einem Extrem in das andere bewegt habe. Die gesamte Situation dürfte sich auf dem Kongresse in einem weniger beunruhigenden Lichte zeigen. Russland habe wiederholt erklärt, daß es das Schwert nicht zu selbstsüchtigen Zwecken, sondern zur Verbesserung des Loses der Christen im Orient ziehe. Die Regierung müßt eine solche Begrenzung der Kriegsresultate verlangen, daß dadurch weder ihre noch die europäischen Interessen geschädigt würden, und daß der Friede eine möglichst befriedigende Lösung, nicht aber eine Verziehung der Machtverhältnisse herbeiführe. Die faktischen Ergebnisse der Kriegsführung mit diesem Standpunkt in Einklang zu bringen, sei die Aufgabe des Kongresses. Dies sei ebenso ein russisches wie ein europäisches Interesse. Russland habe eine schwierige Aufgabe unternommen. Wenn die im russischen Hauptquartier getroffenen Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung einer anderen oder gegen deren Willen diese Aufgabe löse, erscheine völlig ausgeschlossen. Ein Staat, welcher diese Fragen nach eigenem Gutdünken lösen wollte, müßte gegenüber dem übrigen Europa auf eine Koalition rechnen, welche aber nicht existire. Es sei kein spezielles Interesse Russlands, Opfer für Dinge gebracht zu haben, die nicht die Garantie der Stabilität in sich trügen und denen Europa seine Anerkennung versagen müßte. Demnach sei die Hoffnung berechtigt, daß die Beratungen der Mächte zu einem Einverständnis führen werden. Die Regierung gebe dem Kongreß entgegen mit der Aufgabe, den Frieden aufrecht zu erhalten und für die österreichisch-ungarischen und die europäischen Interessen auf das Entscheidende einzutreten. Andererseits könne die Regierung eines an den Ereignissen so nahe beteiligten Reiches nicht auf die Hoffnung verzichten, daß die Vereinbarungen in der beabsichtigten Form für die eine Hälfte der Türkei in das Leben treten sollten, so tauchten die Fragen auf, wie die andere Hälfte der Türkei aussehen würde, auf welches Maß die Türkei reduziert werden könnte, um noch auf einen weiteren Bestand Aussicht zu bieten, wie das bessere Los des einen Theiles der Christen im Orient auch für den anderen gesichert werden sollte, worin die Garantien für die Durchführung der Reformen zu bestehen hätten. Solche riesige Schwierigkeiten könne Europa nur im Einvernehmen lösen.

